



Ein unerklärter Krieg

2700 Frauen sterben in Südafrika jährlich durch Gewalttaten. Seite 3

Foto: AFP/Rajesh Jantilal

Die Linke zerlegt sich

Zusammengehen mit AfD in Forst wird kontrovers diskutiert. Seite 7



Besen statt Waffen

»Der Mensch ist das Maß aller Schneider.« Eine Ausstellung in Berlin fragt nach der politischen Kraft der Kunst. Seite 10

Abb.: KP Brehmer, »Givex«, 1967

nd
DER TAG

neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 29. Juni 2020

75. Jahrgang/Nr. 149

Einzelverkaufspreis 2,00 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT Multiple Krise

Aert van Riel zu den Debatten über EU-Hilfsmaßnahmen

Die Reaktion des italienischen Regierungschefs Giuseppe Conte auf ein Interview von Kanzlerin Angela Merkel zeigt, wie angespannt die Atmosphäre zwischen manchen EU-Staaten derzeit ist. Conte steht nicht nur unter dem Druck, die wirtschaftliche Krise in seinem Land überwinden zu müssen. Er muss vor heimischem Publikum auch so tun, als sei seine Koalition weiterhin die alleinige Herrscherin über den italienischen Haushalt.

Dabei dürfte der von Merkel angesprochene Europäische Stabilitätsmechanismus ESM, den Conte ablehnt, nicht im Zentrum der Antikrisenmaßnahmen stehen, sondern vielmehr der Vorschlag für einen Wiederaufbaufonds, den die EU-Kommission vorgelegt hat. Conte weiß, dass es Hilfen nur dann gibt, wenn sich sein Staat auch zu Reformen bereit erklärt, die für Teile der eigenen Bevölkerung schmerzhaft werden.

Es besteht die Gefahr, dass die Rechte davon profitieren wird. In Italien hat sie ein großes Wählerpotenzial. Matteo Salvini Lega kann sich zur Beschützerin der nationalen Souveränität und Kritikerin der EU-Kommission aufschwingen. Die Bekämpfung von Wirtschaftskrise und des drohenden Faschismus müssen in einer multiplen Krisenpolitik der Europäischen Union zusammengefasst werden. Der Staatenverbund kann seinem demokratischen Anspruch nur gerecht werden, wenn solidarische Maßnahmen ergriffen werden. Kredite und Zuschüsse müssen folglich für einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft eingesetzt und Reichtum umverteilt werden.

UNTEN LINKS

Wer spricht da vom »klaren Kompass«, den die CDU angeblich immer gehabt habe? Und von wem stammt der folgende Satz, der sich gewiss auch über der Hausbar des Arbeitgeberpräsidenten, eingraviert in einen Zinnteller, gut machen würde? »In guten Zeiten war die CDU immer ein Garant für Stabilität und Verlässlichkeit.« Hmm. Weiter geht's mit der Lobhudelei, je besinnungsloser, umso besser: In bestimmten Momenten sei »der Tanker CDU beweglicher als manches Schnellboot«, so ist da zu lesen. Noch ein wenig mehr Blabla von der Sorte? Bitte sehr: »Es kommt auf Deutschland und Europa an. Und auf die besten Ideen, beides mutig zu gestalten, damit es krisenfest in die Zukunft geht.« Dieser in der FAZ publizierte liebebiederliche Phrasensalat stammt von den beiden Parteivorsitzenden der Grünen. Es ist ihre Grußadresse zum 75. Geburtstag ihrer Lieblingspartei. Vorsicht beim Seitenumblättern! Es könnte eine Schleimspur an Ihren Fingern kleben bleiben. tbl

ISSN 0323-3375



Die Ruhe vor der Schlacht

In Libyen bereiten sich die Kriegsparteien auf die Gefechte um Sirte vor



Zumindest in Tripolis erhält die libysche Einheitsregierung Unterstützung.

Foto: AFP/Mahmud Turkia

Berlin. Nach dem Ende des Kampfes um Tripolis schweigen derzeit die Waffen in Libyen. Doch die Ruhe ist trügerisch, die Truppen der Einheitsregierung und jene von General Khalifa Haftar bereiten sich auf die Entscheidungsschlacht um Sirte vor. Rufe nach einem Waffenstillstand verpuffen, auch, weil zu viele ausländische Akteure mit eigenen Interessen mitmischen.

Der französische Präsident Emmanuel Macron und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin haben sich am Freitag bei einem Telefonat für einen sofortigen Waffenstillstand und die Wiederaufnahme des innerlibyschen

Dialogs ausgesprochen, so wie es bei der Friedenskonferenz im Januar in Berlin vereinbart worden war. Beide sprachen sich für eine politisch-diplomatische Lösung des Konflikts aus.

Im Gespräch mit Putin soll Macron auch die Einmischung ausländischer Mächte in dem öleichen Land angesprochen haben. Erst zu Wochenbeginn hatte der französische Präsident die Türkei scharf für die Unterstützung der international anerkannten Regierung des Landes kritisiert. Bei der Unterhaltung mit Putin habe Macron aber auch über die paramilitärische »Wagner-Gruppe« gesprochen. Das US-Militär geht davon aus, dass in dem vom Bür-

gerkrieg erschütterten Land rund 2000 Angehörige der privaten russischen Gruppe im Einsatz sind. Der Söldnertruppe werden Beziehungen zum Kreml nachgesagt.

Dass der Aufruf zu einem Waffenstillstand der beiden Präsidenten Wirkung zeigt, ist unwahrscheinlich. Vorerst bereiten sich beide Seiten weiter auf die nächste Schlacht vor. Während Haftar sich jüngst in Ägypten um mehr Rückhalt mühte, traf Libyens Ministerpräsident Fayiz al-Sarradsch in Ankara den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, der weitere militärische Unterstützung zusagte. nd Seite 2

Rom reagiert verschuppt auf Reformdruck

Kanzlerin Angela Merkel legt der italienischen Regierung nahe, Kredite aus dem ESM zu nutzen

EU-Hilfen wird es nur geben, wenn die betroffenen Staaten auch zu Gegenleistungen bereit sind. Besonders im Fokus steht dabei das verschuldete Italien.

Von Aert van Riel

Italiens Regierungschef Giuseppe Conte hat empfindlich auf die Äußerung von Kanzlerin Angela Merkel reagiert, dass die EU Instrumente wie den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM nicht aufgesetzt habe, »damit sie unge-nutzt bleiben«. Die Aussage hatte die CDU-Politikerin in einem Interview mit mehreren Zeitungen Europas getroffen, das am Wochenende auch in der »Süddeutschen Zeitung« abgedruckt wurde. Merkel fügte hinzu: »Es ist aber die Entscheidung Italiens, die Angebote des ESM zu nutzen.«

Conte erwiderte am Samstag in Rom, dass er und sein Wirtschaftsminister diejenigen seien, welche die Bücher führten. Der ESM hat

in Italien keinen guten Ruf, weil die Hilfskredite in Zusammenhang mit den einst in Griechenland erzwungenen Kürzungsmaßnahmen stehen. Zudem ist der ESM eigentlich für den Fall gedacht, dass ein Land von den Kapitalmärkten abgeschnitten ist. Die in Italien regierende Fünf-Sterne-Bewegung und rechte Oppositionspolitiker lehnen Kredite aus dem ESM ab. Die mitregierende sozialdemokratische Partei PD will sich diese Möglichkeit hingegen nicht verbauen.

In Italien hatte die Coronakrise schwere wirtschaftliche Auswirkungen. Ein von der Europäischen Kommission vorgeschlagener Wiederaufbaufonds liegt auf dem Tisch. Dieser sieht vor, dass 750 Milliarden Euro an den Finanzmärkten aufgenommen werden und das Geld in ein Konjunktur- und Investitionsprogramm gesteckt wird. 500 Milliarden Euro könnten als Zuschüsse an die EU-Staaten fließen, der Rest als Kre-

ditte. Allein für Italien wären rund 173 Milliarden Euro vorgesehen. Die Schullen sollen bis 2058 gemeinsam aus dem EU-Haushalt abbezahlt werden.

Die Staats- und Regierungschefs wollen auf einem EU-Gipfel Mitte Juli über den Plan reden. Kommissionschefin Ursula von der Leyen (CDU) sagte nun dem

»Ich bin derjenige, der die Bücher führt.«

Italiens Regierungschef Giuseppe Conte

»Handelsblatts«, dass womöglich ein zweiter Gipfel notwendig werde. Insbesondere die Niederlande, Österreich, Dänemark und Schweden sehen Zuschüsse kritisch. Letztlich dürfte eine Einigung auch davon abhängen, zu welchen Maßnahmen Staaten wie Italien und Spanien im Gegenzug

zu den Hilfsmaßnahmen bereit sind. Conte erklärte, dass Italien einen Sanierungsplan vorbereite, der im September vorgelegt werden soll. Dann wird sich zeigen, wer die Krisenkosten zahlen muss.

Nach Vorstellung der EU-Kommission müssen sich Staaten um die EU-Hilfen mit konkreten Plänen bewerben. Zudem sollen sie zusagen, sich an wirtschaftspolitische Empfehlungen der Kommission zu halten.

Von der Leyen hatte Italien kürzlich zu »überfälligen Reformen« aufgefordert. Sie nannte Maßnahmen gegen den Einfluss organisierter Kriminalität auf den öffentlichen Sektor und »Bürokratieabbau«. Der DGB hatte vor Jahren mit Blick auf die EU darauf hingewiesen, dass nicht jede Regelung, die Unternehmen Vorgaben macht, »unnötige Bürokratie« sei, und die Sorgen geäußert, dass Regelungen mit Sozial-, Umwelt-, und Verbraucherschutzstandards auf den Prüfstand gestellt werden.

Spenden für den Anti-Corona-Kampf

Geberkonferenz sammelte über sechs Milliarden Euro

Berlin. Bei einem internationalen Spendenmarathon zur Bekämpfung der Corona-Pandemie sind Hilfszusagen in Höhe von 6,15 Milliarden Euro zusammengekommen. Mit dem Geld sollen Impfstoffe und Behandlungen gegen Covid-19 finanziert werden, wie die Nichtregierungsorganisation Global Citizen am Samstagabend in Berlin mitteilte. Großspenden kamen von der EU-Kommission gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank, den USA, Kanada und Deutschland. Insgesamt beteiligten sich 40 Regierungen.

Die Geberkonferenz unter dem Motto »Global Goal – Unite for Our Future« wurde von der EU-Kommission und Global Citizen veranstaltet. Ziel sei es, Tests, Behandlungen und Impfstoffe gegen Covid-19 allen Menschen auf der Welt zugänglich zu machen. Es müsse sichergestellt werden, dass die am stärksten gefährdeten und benachteiligten Bevölkerungsgruppen weltweit vor den Auswirkungen der Pandemie geschützt würden und das globale Gesundheitssystem gestärkt werde. epd/nd Seite 9

Tödliche Schüsse in Kentucky

Anschlag auf Protestkundgebung gegen Polizeigewalt

Louisville. Bei Protesten gegen Rassismus und Polizeigewalt ist in der US-Stadt Louisville ein Mensch getötet worden. Beamte seien am Samstagabend (Ortszeit) über Schüsse am Jefferson Square Park in der Innenstadt informiert worden und hätten vor Ort vergeblich versucht, den getroffenen Mann wiederzubeleben, teilte die Polizei der Stadt im Staat Kentucky mit. Unklar blieb, wer die Schüsse abgab.

Der Vorfall ereignete sich während eines Gedenkens an die Afroamerikanerin Breonna Taylor. Die 26-Jährige war im März bei einem Polizeieinsatz getötet worden. Es war in ihrem Haus zwischen ihrem Freund und Polizisten zu einem Schusswechsel gekommen.

Einen weiteren Vorfall mit Schüssen habe es kurze Zeit später vor einem Gerichtsgebäude in der Innenstadt von Louisville gegeben, meldete die Polizei weiter. Dabei sei ein Mensch verletzt worden. Er wurde den Angaben zufolge mit nicht lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. dpa/nd

Berlin: Tausende gegen Rassismus

Demonstrationen unter dem Motto »Black Lives Matter« reißen nicht ab

Berlin. Zahlreiche Kundgebungen brachten am Wochenende in den Berliner Stadtbezirken Mitte und Neukölln mindestens 2500 Menschen auf die Straßen der Hauptstadt, um gegen rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt zu demonstrieren. Bei einer Kundgebung bereits am Freitagabend in Neukölln sprachen die Veranstalter von 4000 Teilnehmenden statt 1000, wie die Polizei mitgeteilt hatte.

Am Sonnabend zog zudem die »Pride Berlin« für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen (LGBTB) durch Berlin. Der Veranstalter schätzte die Teilnehmerzahl auf 10.000. Viele zeigten sich solidarisch mit der »Black Lives Matter«-Bewegung und thematisierten den Rassismus in der eigenen Community.

Das Netzwerk Migrantifa Berlin rufte für diesen Montag um 16 Uhr zu einer Kundgebung vor dem Ministerium für Inneres, Bau und Heimat auf, um sich mit Betroffenen von Polizeigewalt und denen, die darüber berichten, zu solidarisieren. ctk Seite 7